

## Stefan Scheil

# Das gewollte Geschichtsbild



Ende Januar diesen Jahres gab es in Ostasien allerhand Aufregung über eine Äußerung aus japanischen Regierungskreisen. Japan hat seit Dezember 2012 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Shinzo Abe. Der frisch ernannte japanische Bildungsminister Hakubun Shimomura kündigte vor einigen Wochen folgendes an:

„Die Regierung insgesamt plant, die Stellungnahmen früherer Regierungen zur Geschichte zu überprüfen.“ „Das bedeutet

nicht, dass wir sie zurückweisen und etwas Neues formulieren werden. Es könnte aber nötig sein, einige nach vorn gerichtete Formulierungen hinzuzufügen.“ Der Minister kündigte auch neue Leitlinien für die Verleger von Schulbüchern an. Es handele sich um eine innenpolitische Angelegenheit, China und Südkorea müssten deswegen nicht besorgt sein, versuchte Shimomura mögliche Kritik im Vorfeld abzuwehren. Dennoch hat die Angelegenheit zunächst sowohl in China wie in Korea hohe Wellen geschlagen und für das gesorgt, was man im allgemeinen „diplomatische Irritationen“ nennt. Vor kurzem mischte sich nun auch die Washingtoner Diplomatie ein. Mehrere amerikanische Kongreßabgeordnete warnten die japanische Regierung vor einer Überprüfung jener Stellungnahmen, in denen Japan seine besondere Verantwortung für den Weltkrieg anerkannt hat.

In Europa gibt es solche Streitpunkte derzeit allenfalls zwischen Polen und Rußland, wo sich Regierungskreise und halboffizielle Publikationen gelegentlich eine Mitschuld an den Ereignissen von 1939 geben. Von Polen aus wirft man Rußland die Unterzeichnung des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakts samt Teilungsabkommen vor. Aus Rußland wird gelegentlich die Ansicht lanciert, es sei eigentlich die Republik Polen gewesen, die – wahlweise – entweder mit ihrer Verhandlungsverweigerung gegenüber Deutschland oder mit ihrer Weigerung, zusammen mit der UdSSR an einem antideutschen Bündnis teilzunehmen, für den Kriegsausbruch mit verantwortlich sei.

Die Bundesrepublik Deutschland nimmt an solchen Debatten nicht teil, so weit zu sehen ist. Im Gegenteil wiederholt die Regierungsführung regelmäßig Erklärungen wie die bei einem Danzigbesuch im Jahr 2009, zum siebzigjährigen Kriegsausbruch.

Frau Merkel sagte damals in einer kurzen Ansprache, es gebe keine Worte, die das Leid dieses Krieges und des Holocaust auch nur annähernd beschreiben könnten. „Ich gedenke der 60 Millionen Menschen, die durch diesen von Deutschland entfesselten Krieg ihr Leben verloren haben.“ Mit Blick auf das zwischen Deutschland und Polen immer wieder umstrittene Thema der Vertriebenen versicherte Merkel, Deutschland wolle seine Verantwortung nicht relativieren. Wenn an das Schicksal der Deutschen gedacht werde, die in Folge des Krieges ihre Heimat verloren hätten, geschehe dies in dem „Bewusstsein der Verantwortung Deutschlands, die am Anfang von allem stand. Dann tun wir das, ohne irgendetwas an der immerwährenden geschichtlichen Verantwortung Deutschlands umschreiben zu wollen. Das wird niemals geschehen“, sagte die Bundeskanzlerin.

Aus diesen Beobachtungen lernen wir zunächst eines: Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs – das heißt also die Darstellung jener Ära, in der die heute gültigen internationalen politischen Verhältnisse mit Waffengewalt begründet wurden - ist keine Angelegenheit ergebnisoffener Forschung, die von Wissenschaftlern in Forschungsinstituten oder Elfenbeintürmen durchzuführen wäre, sondern der Kern des gewollten Geschichtsbilds. Sie ist daher im Gegenteil eine hochpolitische Angelegenheit allerhöchster Stellen. Das „gewollte Geschichtsbild“ ist ein stabilisierender Teil eben dieser internationalen Verhältnisse, hinter dem tatsächlich ein beachtlicher und wachsamer Wille steht.

Daraus ergibt sich natürlich ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen einer Politik, die finster entschlossen und ausdrücklich das „Umschreiben“ von Geschichte auf ewig verbietet und einer Wissenschaft, die tatsächlich stetig umschreibt und dies auch in politisch ungewollte Richtungen tun könnte.

Ich werde im folgenden hauptsächlich auf die deutsche Situation eingehen, und zwar im wesentlichen unter den Aspekten

Was genau kennzeichnet das gewollte Geschichtsbild?

Wie ist es entstanden?

Zunächst zur Frage nach der Entstehung. Geschichtsbilder entstehen natürlich auf verschlungenen Wegen. Dabei spielen persönliche Erfahrungen und deren Überlieferung innerhalb der Familie und dem Bekanntenkreis eine große Rolle, die der Beeinflussung durch Politik weitgehend entzogen ist.

Politik kann allerdings massiv darauf Einfluss nehmen, was öffentlich gesagt und gedruckt wird. Im Fall Deutschland ist dies in einzigartigem Umfang geschehen, und zwar zunächst in den Jahren nach 1945. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg wurde durch einen geschichtspolitischen Umbruch besonderer Art begleitet. Das amerikanische Konzept der „Stunde Null“ wurde auch hier wirksam.

1945 ging in Deutschland kein „Eiserner Vorhang“ nieder, der lediglich die Kommunikation oder die Reisen zwischen den Besatzungszonen oder entlang der späteren Grenze zwischen BRD und DDR unmöglich gemacht hätte. 1945 verwandelte sich ganz Deutschland vorübergehend in eine Zone absoluter Stille und Bewegungsunfähigkeit, die dann im Lauf von einigen Jahren unter Abbruch und teilweise physischer Zerstörung von Kulturgut, wie etwa Büchern, ganz kontrolliert wieder mit Sinn, Lärm und Leben gefüllt wurde, Sinn, Lärm und Leben in bestimmter Ausrichtung. Dazu gehörte auch das Verbot der Kenntnisnahme der gesamten Auslandspresse und dies über Jahre. Kein deutscher Herausgeber in der US-Besatzungszone könne sich die New York Times, oder irgendeine andere in England oder den USA gedruckte Zeitung besorgen, oder irgend ein anderes Exemplar der Auslandspresse, meldete der zuständige Mitarbeiter der amerikanischen Militärverwaltung Joseph Dunner auch noch für das Jahr 1948.

Die Stunde Null war kein deutsches Konzept zur Beschreibung der Ereignisse, sie war ein amerikanisches Konzept zur Herbeiführung von Ereignissen. Dazu gehörte zunächst einmal das Verbot jedes Geschichtsunterrichts, die umfassende Einstampfung der historischen Literatur, insbesondere natürlich der Schulbücher.

Die Basis für den Neustart der bundesdeutschen Schulausbildung wurde bereits 1944 gelegt. Aus 250 Schulbüchern der Weimarer Zeit stellte man eine zwanzig Bände umfassende Schulbuchkollektion zusammen, die im Winter 1944/45 in Bonn und Aachen in einer Auflage von 40000 Exemplaren gedruckt und mit den vorrückenden Truppen verteilt wurde. Bis zur Wiedereröffnung der Schulen in der amerikanischen Besatzungszone im Oktober 1945 lagen dann bereits 5,5 Millionen

dieser Notschulbücher in Druck vor. In Österreich wurde zunächst der gesamte Bestand an Büchern in Volks-, Haupt-, Sonder- und Mittelschulen abtransportiert und eingestampft. Aber auch in anderen Teilen des besetzten Kriegsgegners überließ man so wenig wie möglich dem Zufall und besorgte im Lauf des Jahres 1946 das nötige Papier für weitere Auflagen durch die umfassende Vernichtung der sogenannten „Literatur nationalsozialistischen und militaristischen Charakters“, die an einhundert Sammelstellen abzuliefern war und eingestampft wurde. Zu erkennen waren diese Eigenschaften bei Schulbüchern angeblich an der besonderen Erwähnung „all jener Irrtümer über Rasse und Volkstum, über Germanen- und Christentum, über das Heroische in der Geschichte, über die Alleinherrschaft des Staatlichen selbst in der Kultur und nun gar über die letzten Zeiten vor dem Nationalsozialismus, die alle zugunsten der Partei und ihres Führers ins Dunkle gefärbt werden mußten. Das alles waren Geschichtsfälschungen, deren Beseitigung eine Pflicht der Wahrhaftigkeit ist.“

Spezielle Geschichtsbücher zu diesen Punkten gab es unter den jetzt neugedruckten Schulbüchern zunächst einmal gar nicht. Als sich dies etwa 1947 zu ändern begann, ging von den amerikanischen Zensurbehörden zugleich eine deutliche Tendenz aus, die deutsche Geschichte zu verkürzen. Erwähnungen etwa der Schlacht im Teutoburger Wald wurden vorzugsweise ganz gestrichen. Karl der Große, der ganz ähnliche Teile Deutschlands beherrscht hatte wie die US-Behörden, sollte trotz seiner Residenzstadt Aachen im Schulbuch nicht als deutscher Herrscher erscheinen, sofern er überhaupt erwähnt wurde.

Diese Verkürzung deutscher Geschichte ist übrigens ein Trend, der sich gehalten und in den letzten Jahrzehnten sogar verstärkt hat. Wenn sie mit Jüngeren sprechen, dann können sie den Eindruck gewinnen, die deutsche Geschichte hätte erst 1871 begonnen. Das wirkt sich beispielsweise auch auf die Konzeption von Ausstellungen aus, die sich mit früheren Zeiträumen befassen. Es war z.B. interessant zu beobachten, wie etwa die mittelalterlichen Kaiser der Stauffer-Familie zwischen der großen Stauferausstellung in Stuttgart 1977 und der Mannheimer Stauferausstellung im Jahr 2010 jeden Bezug zur deutschen Nationalgeschichte verloren haben. Das wurde in etlichen Berichten über die Ausstellung auch ausdrücklich gewürdigt. Überhaupt konnte in den späten 1970er Jahren eine Art Renaissance eines Geschichtsbewußtseins abseites des Gewollten beobachtet wer-

den. Einen ganz geraden Weg von 1945 bis heute gibt es nicht, auch das muß festgehalten werden. Der damalige Bundespräsident Walter Scheel erklärte in seiner Eröffnungsrede zur Stauferausstellung im März 1977:

„Wir erkennen ein Stück von uns selbst in ihren Gestalten: im Bamberger Reiter, in Hartmanns Armem Heinrich, in Wolframs Parzifal, in Gottfrieds Tristan. .. Solange es ein deutsches Volk gibt, wird es auf diese Erinnerungen nicht verzichten können.“

Solche Sätze waren im Jahr 2010 nicht zu hören. Die Staufer wurden mit vielen interessanten Details präsentiert, aber eben auch nicht anders als eine beliebige chinesische Dynastie. Besondere Bezüge zur deutschen Nationalgeschichte wurden nicht gezogen. Soweit man doch aktuelle politische Bezüge herstellte, waren es europäische. Ein eigener Ausstellungsteil verlegte die Staufer in „europäische Innovationsregionen des Hochmittelalters.“

Gefördert werden solche Tendenzen natürlich auch durch die eben erwähnten Schulbücher, in denen heutzutage mit keinem Wort mehr von antiken oder mittelalterlichen Ereignissen als Teil der deutschen Nationalgeschichte die Rede ist. Aber nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich wird verkleinert. So sucht man die deutschen Ostsiedlung des späten Mittelalters im Schulbuch teilweise vergeblich, damit die Gebiete östlich von Oder und Neisse erst überhaupt nicht ins Geschichtsbewußtsein der Nachwachsenden eingeführt werden, so daß ihr Fehlen nach 1945 kaum auffällt.

Unter den eben skizzierten Umständen vollzog sich zunächst unter unmittelbarem Einfluß der Besatzungsbehörden bis Mitte der 1950er Jahre eine Neustrukturierung der Erziehung und Schulbildung mit dem Ziel, die Erziehung der kommenden Länder der Europäischen Gemeinschaft zu vereinheitlichen und auf Stützung der Nordatlantischen Verbindung auszurichten. Aus Sicht der realsozialistischen Kritik handelte es sich um „Gleichschaltung“ zu manipulativen Zwecken, woran sicher soviel richtig war, daß die politische Absicht offenkundig war. Die Beratungen über die Schritte in diese Richtung fanden auf vielen Ebenen statt. Bestimmungen über den Inhalt von Lehrmitteln aller Art, auch solchen an Universitäten, wurden Gegenstand von Kulturabkommen wie dem deutsch-französischen von 1954 und dem deutsch-britischen. Wesentliche Entscheidungen auch im Schulbuchbereich Geschichte wurden im Rahmen der UNESCO beraten, was nichts daran änderte,

daß mit John McCloy und Georg Eckert namhafte Personen beteiligt waren, die sowohl Funktionen außerhalb als auch innerhalb Deutschlands ausübten.

Aus einer ersten deutsch-britischen Geschichtslehrertagung im Jahr 1949 hervorgegangen, der im Jahr 1951 eine multilaterale Tagung unter Beteiligung von französischen, englischen und amerikanischen Geschichtslehrern mit dem Gründungsbeschluß für ein Institut für „internationale Schulbuchverbesserung“ folgte, entstand 1953 ein Institut als Unternehmen des Niedersächsischen Kultusministeriums und als „Mittelpunkt aller Bestrebungen zur Verbesserung der Schulbücher vor allem im Fach Geschichte für die Bundesrepublik Deutschland“. 1965 schließlich erhielt es vom Europarat den Auftrag, als „Europäisches Schulbuchzentrum“ die Revision der Geschichts- und Geographielehrbücher zu besorgen. Nun sind Schulbücher nicht das zentrale Thema dieses Vortrags, aber es ist augenscheinlich, daß eine derartige zentrale Revision der Schulbildung auch längerfristige Auswirkungen auf die Forschung in der politischen Wissenschaft und den Sozialwissenschaften haben konnte. Spätestens würde dies der Fall sein, nachdem eine derart ausgerichtete Schülergeneration sich als Politikwissenschaftler versuchen würde, aber auch bereits in der Entstehungsphase mit der Beeinflussung der forschenden Fragestellungen anhand des politischen „erkenntnisleitenden Interesses“. Dies führte zu Konflikten mit der andersgelagerten Interessenlage der Bildungspolitik des Realen Sozialismus, deren Analyse die vielfältige internationale Verschachtelung des Braunschweiger Instituts hervorhob und seine politische Aufgabe betonte.

Zu diesen Aufgaben gehörte beispielsweise die Erfindung Österreichs und die Bildung eines Österreichbewußtseins. Auch dies wurde in den Empfehlungen zur Schulbuchgestaltung international teilweise direkt vereinbart. Zwar umgingen die bundesdeutsch-österreichischen Empfehlungen von 1957 die Frage der staatlichen Trennung und stellten noch die gemeinsame kulturelle Entwicklung heraus. Wiener Musikleben um 1800 und Weimarer Klassik sollten in Schulbüchern betont als Teil einer gemeinsamen kulturellen Entwicklung dargestellt werden, die ja damals auch in einem gemeinsamen staatlichen Rahmen stattgefunden hatte. Die französisch-österreichischen Empfehlungen von 1960 widersprachen diesem Punkt jedoch direkt und schrieben für Zeit nach 1789 fest:

„Ganz besonders müssen von diesem Zeitpunkt an die Begriffe ‚österreichisch‘ und ‚deutsch‘ im Bereich der kulturellen Entwicklung deutlich unterschieden werden.“

Das sollte das Österreichbild des französischen Schülers beeinflussen. Es entsprach aber der weiteren Entwicklung in Österreich, wo die mühsame Arbeit am Österreichbewußtsein von den Verantwortlichen zusehends ausdrücklich eingefordert wurde, gerade gegenüber den offensichtlichen, weil historisch stimmigen Betrachtungen im Hinblick auf die deutsche Geschichte, von der Österreich einen objektiv untrennbaren Teil darstellte und die zu diesem Zeitpunkt noch aus der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich zu hören waren.

So geriet auch die Zugehörigkeit Österreichs zum deutschen Staatsverband in die Reihe jener Themen, die in den Geschichtsbüchern zunehmend ausgespart wurden. Allerdings traf dies auch andere Sachverhalte. „Österreichs Zeitgeschichte“ im Geschichtsunterricht sollte staatstragend sein, dazu beschloß im innerdeutschen Wendejahr 1960 eine Konferenz des österreichischen Bundesministeriums für Unterricht einige Details. Unter dem Motto, keinesfalls „die unentschiedenen Schlachten der eigenen Jugend jetzt vor der heutigen Jugend nochmals auszutragen“, wurden Konflikte um den Ständestaat und den innerösterreichischen Anti-Parlamentarismus in den Jahren 1933/34 verharmlost und ein neugegründetes „Institut für Zeitgeschichte“ in Wien stellte das Material dafür zur Verfügung. Der an diesen Vorgängen beteiligte sozialdemokratische Bildungspolitiker Herrmann Schnell konstatierte die Folge: „In den 70er Jahren (wurde) nicht selten der Vorwurf erhoben, daß die österreichischen Geschichtsbücher eher der Koalitionsgewinnung als der historischen Wahrheit entsprechen.“

Kehren wir zurück in die Bundesrepublik und die Phase ihrer Neugründung. Dies hängt unmittelbar mit den Hakenkreuzaffären des Winters 1959/60 zusammen, als Hakenkreuzmalereien an der Kölner Synagoge einen Skandal provozierten. Nachahmungstäter und – wie man heute weiß – organisierte Kampagnen aus Ost-Berlin vervielfachten die Zahl dieser Vorfälle. In der Folge wurde die politische Bildung neu organisiert, die Bundes- und Landesämter für Verfassungsschutz eingerichtet und eine besondere Kommission zur Beratung der Bundesrepublik in Fragen der politischen Bildung eingerichtet.

In der konstituierenden Sitzung der Kommission griff Kanzler Adenauer die Hakenkreuzthematik in einer kurzen, einführenden Rede auf



und führte den gegenwärtigen Stand des Geschichtsbewußtseins auf die Verfälschung von Wahrheit durch die Nationalsozialisten und das darauffolgende Verbot des Geschichtsunterrichts durch die Alliierten zurück. Als Ergebnis „fehle heute in weiten Kreisen unseres Volkes ein gesundes Nationalgefühl. Viele Deutsche fühlten sich nicht mehr für ihr Vaterland ‚verantwortlich‘.“ Dem Anlaß entsprechend, nannte Innenminister Schröder dann „die Geschichte der Judenverfolgungen im Dritten Reich“ und den „Mißbrauch totalitärer Gewalt“ als die beiden Punkte, zu denen die Kommission beratend, aber nicht begutachtend tätig werden sollte. In den weiteren Beiträgen herrschte erstaunlicher Konsens über die Einschätzung des gegenwärtigen Mangels, aber auch über den notwendigen Aufbau von Nationalgefühl in der Bundesrepublik. Selbst Max Horkheimer „erklärt zum Nationalgefühl, daß junge Menschen, die z.B. heute in die Bundeswehr eintreten, nicht über eine ‚ererbte‘ Liebe verfügen. Die Verletzung des kollektiven Stolzes der Nation solle durch die Arbeit der Kommission geheilt werden.“<sup>1</sup>

Daß Horkheimer einer Heilung der deutschen Nation und ihres verletzten Stolzes aktiv zuarbeiten wollte, mußte in dieser Form neu sein und könnte einer taktischen Wendung in Anwesenheit des Regierungschefs entsprochen haben, der sich für diesen Termin ein paar Stunden Zeit genommen hatte. Allerdings sind zeitnah weitere Äußerungen Horkheimers in dieser Richtung überliefert, der sich allgemein Gedanken zum „Grenzwertnutzen“ einer permanenten Kampagne gegen das vermutete nationalsozialistische Potential in Deutschland machte. Zu viel Antinationalsozialismus sei schlecht. Ein Bericht der Bundeszentrale für Heimatdienst gab Horkheimers Position in dieser Sache einige Tage später sogar so wieder, daß die ständige Behandlung des Dritten Reichs durch die Bundeszentrale schädlich und „es viel wirkungsvoller wäre, noch vorhandene Überreste eines NS-Denkens positiv aufzufangen (sic) und zu verarbeiten“.<sup>2</sup> Auch daran läßt sich ablesen, daß es einen geraden Weg zum heutigen Geschichtsbild trotz aller Anstrengungen nicht gegeben hat.

---

1 Vgl. BA-KO B 106/54123 - Vermerk über die konstituierende Sitzung, 28. November 1960, S. 4.

2 Vgl. BA-KO B 168/865 - Publizistische Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen, Aktenvermerk für den Behördenleiter der BfH über den ersten Bericht an das BMI über Rechtsradikalismus vom 9. Dezember 1960.



Wie sieht dieses Geschichtsbild nun also aus? Im allgemeinen wird darunter heute eine Geschichtsschreibung verstanden, die den Westen, im Kern die angelsächsische Welt und Frankreich, historisch im Recht sieht. Ihre demokratische politische Verfassung, ihre Wirtschaftsform und ihr vom Prinzip der individuellen Menschenrechte getragenes Wertesystem seien nach diesem Geschichtsbild das Ziel, das am „Ende der Geschichte“, also der politischen Entwicklungsphase der Menschheit stehen würde und auch stehen solle. Zwar hat sich mittlerweile der Eindruck durchgesetzt, dieses Ende sei zu Beginn der neunziger Jahre nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion etwas voreilig ausgerufen worden, doch an der verbreiteten grundsätzlichen Auffassung, die Geschichte laufe darauf zu, hat dies nichts geändert.

Dieses Geschichtsbild deutet die Zeitläufe spätestens ab der Mitte der achtzehnten Jahrhunderts als erfolgreiche Durchsetzung westlicher Werte im Rahmen der amerikanischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeit ab 1776, der Französischen Revolution von 1789 und dem als inhaltlich gleichlaufende, aber subtilere Evolution aufgefassten politischen Prozeß in Großbritannien. Schließlich fand demnach dieser Prozeß in einer weiteren großen Revolution seine Fortführung, in den Weltkriegen der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Zu den Einzelpunkten der historischen Entwicklung gehört zu diesem Geschichtsbild beispielsweise die Auffassung, die Ausbreitung der USA über den nordamerikanischen Kontinent sei eine zivilisierende Erfolgsgeschichte, oder die englischen und französischen Kolonialreiche hätten bei aller Kritik an ihrer Herrschaftspraxis doch einen kulturellen – und als solchen auch beabsichtigten – Fortschritt in die richtige Richtung in den kolonisierten Ländern gebracht. In Fragen von Krieg und Frieden werden allgemein die Kriegsgegner der westlichen Staaten als rückständig und als sowohl wegen Detailfragen der Kriegsschuld wie aus prinzipiellen Gründen im Unrecht befindliche Gegner betrachtet. Insbesondere auf die Festlegung der Schuldfrage wird dabei Wert gelegt. Insgesamt liegt demnach eine ethisch-moralische Erfolgsgeschichte vor, begleitet und bestätigt von wirtschaftlicher Prosperität, kultureller Attraktivität und militärisch-machtpolitischen Erfolgen.

Die russische Oktoberrevolution von 1917 und allgemein der Sozialismus gelten in diesem Bild vorwiegend als radikaler und verirrter Nebenzweig des an sich richtigen Weges. So proklamierten doch auch

die siegreichen Sowjets die Demokratie, das Wohl des Individuums, das Menschenrecht und das allgemeine Wahlrecht. Sie seien jedoch mit dem Versuch, zunächst mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats, der Partei und der Großbürokratie die materielle Gleichheit zu erzwingen, statt individuelle Freiheit zu fördern und den konsequenterweise fehlenden rechtsstaatlichen Elementen ihrer Herrschaft in die Irre gegangen. Dennoch fanden Lenin und seine Nachfolger trotz ihrer bekannten Massenverbrechen schon zu Lebzeiten immer wieder rhetorisch den Anschluß an westliche Werte und traten phasenweise auch machtpolitisch auf die richtige Seite, als der Westen zwischen 1937 und 1945 seine Widersacher in Europa und Asien niederkämpfte. So erhält der damals real existierende Sozialismus als Sieger des Zweiten Weltkriegs einen Anteil am historischen Recht des Westens und an der Selbstdefinition der Bundesrepublik Deutschland, auf der Basis einer 1945 erfolgten Befreiung zu existieren. Daher überrascht es nicht, wenn die russische Oktoberrevolution heutzutage etwa in deutschen Schulbüchern als traditionsfähiger Aspekt des Fortschritts der Menschheit präsentiert wird, gescheitert an den oben angesprochenen internen Mängeln, vor allem aber an den Strategien eines machtversessenen Politikers wie Joseph Stalin. Sie sei aber letztlich unter dessen spätem Nachfolger Gorbatschow einsichtig gewesen und geradezu hauptverantwortlich für die wiedergewonnene Einheit einer westlich geprägten Bundesrepublik Deutschland, in die auch das sozialistische Erbe zu integrieren sei.

Die Abneigung der politischen Bildung gegen sogenannte „revisionistische Argumentationen“, die sich gegen dieses Geschichtsbild richten, ist an sich nicht unverständlich. Jeder historische Revisionismus greift durch seine Arbeit die jeweils ausgeübte politische Herrschaft an, soweit sie auf einem bestimmten Geschichtsbild beruht, was in gewissem Rahmen immer der Fall ist. Der Politiker, der bei ungezählten Gelegenheiten, etwa an Nationalfeiertagen, bei Stellungnahmen zu außenpolitischen Vorgängen oder im Rahmen der Gesetzgebung das Wort ergriffen hat, um mit Analogien zwischen damals und heute eine bestimmte politische Aussage zu begründen, sieht es daher nicht gern, wenn ihm diese Aussage durch Entzug ihrer historischen Basis streitig gemacht wird. Die geringe Begeisterung, mit der die politische Führungsschicht der Bundesrepublik auf manche Revisionismen reagiert – auch und gerade auf solche, die historische Verantwortung anders

verteilen könnten – findet allein schon hier eine Erklärung. Aber auch der Privatmann hört am liebsten neue Varianten dessen, was er schon kennt oder zu kennen meint, und er reagiert abweisend auf Dinge, die er so noch nie gehört hat und deshalb zunächst für unwahrscheinlich hält. Bleiben wir in Deutschland und beim Politiker. Bekanntlich muß er, soweit er ein Amt in der Bundesrepublik Deutschland bekleidet oder anstrebt, dem oben geschilderten Geschichtsbild seine Reverenz erweisen. Für die deutsche Geschichte heißt dies, daß die Niederlage von 1945 stets und ausschließlich als Befreiung zu sehen ist, spätestens seit der bekannten Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard v. Weizsäcker zum 8. Mai 1985. Die neuere deutsche Nationalgeschichte in den achtzig Jahren vor diesem Datum erscheint aber als Sonderweg, den erst die Bundesrepublik durch Einsicht in die deutsche Schuld verlassen habe. Das Land habe sich dem Westen zuvor ungerechtfertigt entzogen und willkürlich dem westlichen Freiheitsbegriff entsagt. Auch gehört zu dieser Geschichtsdeutung das angebliche Fehlen einer deutschen Revolution, eine viel diskutierte Behauptung, in der beispielsweise der Historiker Heinrich August Winkler das Hauptelement des deutschen Sonderwegs sieht. Dieser Sonderweg wurde aus seiner Sicht ein „langer Weg nach Westen“, weshalb die Bundeszentrale für politische Bildung diesen programmatischen Titel einer von Winkler verfassten und im neunzehnten Jahrhundert ansetzenden Nationalgeschichte als offiziöse Darstellung des deutschen Selbstbildes anbietet. Was der englischen Geschichte geradezu als vorbildlich angerechnet wird, eben die Fähigkeit zur revolutionslosen Entwicklung, erscheint hier ohne weitere begriffliche Klärung als angeblich entscheidender Nachteil der deutschen Geschichte. Nun mangelt es der deutschen Geschichte keineswegs an Revolutionen. Gerade die französischen Revolutionäre von 1789 sprachen Deutschland noch als das klassische Land der Revolution an, das durch die Reformation und die Bauernkriege als erstes die Axt an den feudalen und papistischen Status quo gelegt habe. Das müssen wir hier nicht weiter diskutieren, denn aus Sicht des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses kann die – historisch gesehen – richtige Revolution nicht unter ihnen gewesen sein. Aus der permanenten Einsicht in die Schuld, der späten Einkehr, dem öffentlichen Bekenntnis zu ihr und dem Bestreben um Wiedergutmachung gewinnt die gegenwärtige politische Klasse der Bundesrepublik ihr politisches Selbstbewußtsein, das sich in gar nicht wenigen Fällen

inzwischen zu einem Sendungsbewußtsein verdichtet hat. Aktive Reue, wie sie die Bundesrepublik betreibt, ist in dieser Form weltweit einzigartig und bietet dem wiedererstandenen Bewußtsein der politischen Führung Raum, um andererseits eine globale Führungsrolle in aktuellen Fragen des Klimaschutzes oder der Menschenrechte zu beanspruchen, im weiteren aber auch, den immer wieder erkennbaren Machiavellismus der Westmächte leise und laut anzuklagen. Dies ist, blickt man auf die Geschichte der Bundesrepublik zurück, durchaus ein neues Phänomen. Einem Kanzler Konrad Adenauer wäre es nicht wie seinem Nachfolger Gerhard Schröder in den Sinn gekommen, zur Feier des 60. Jahrestages der alliierten Invasion in die Normandie oder der deutschen Niederlage am 8. Mai 2005 nach Moskau zu reisen. Adenauer wies bei seiner eigenen Moskaureise fünfzig Jahre früher die verlangten Reuegesten energisch zurück und soll sein Gegenüber Nikita Chruschtschow deutlich darauf hingewiesen haben, nicht derjenige zu sein, der hier in der Position sei, Deutschen irgendwelche Verbrechen vorzuwerfen. In der Tat hatte Chruschtschow als Parteifunktionär in der Ukraine auch ganz persönlich eine nach Zehntausenden zu rechnende Zahl an Todesopfern zu verantworten. Die Leichen in den Kellern von Lemberg und zahllosen anderen ukrainischen Orten, die von der deutschen Wehrmacht bei ihrem Einmarsch 1941 gefunden wurden, waren auf seinen Befehl getötet worden.

Das Verhalten deutscher Regierungschefs gestaltet sich trotz des Wissens um solche Zusammenhänge heute gänzlich anders als zu Zeiten Adenauers. Zumindest an der Oberfläche der bundesdeutschen Politik herrscht Reue in Bezug auf die deutsche Politik und Gesellschaft vor 1945, gelegentlich ausgedehnt auf die Nachkriegszeit bis 1968. Die sprichwörtlichen „68er“, die zwischen 1998 und 2005 in der Regierung Schröder/Fischer die einflußreichsten Positionen bekleideten, die das bundesdeutsche Verfassungssystem zu vergeben hat, nahmen zu dieser Zeit ausdrücklich für sich in Anspruch, selbst erst in den frühen siebziger Jahren den Faschismus im Land besiegt zu haben. Daraus leiteten sie das Selbstbewußtsein für die eigene politische Wichtigkeit ab, zugleich aber die Legitimation, 1998 noch vorhandene Restbestände aus der vorachtundsechziger Ära endgültig zu liquidieren, wie etwa das traditionelle Staatsbürgerrecht oder die Erinnerungskultur der Vertriebenenverbände. Diese bundesdeutsche Geschichtspolitik zeigt

die Tendenz, die Vergangenheit in bisher ungewohnte Richtungen zu kriminalisieren.

Am Ende bleibt angesichts dessen die Erkenntnis, daß die Erfindung der Grausamkeit und des Massenverbrechens an Personen ohne individuelle Verantwortung objektiv keiner bestimmten Nation, Ideologie oder Kultur zugeschrieben werden kann. Dies festzustellen, gehört zu den zentralen Aufgaben des Historikers als Wissenschaftler und Sicherungsinstanz gegen allzu riskante Deutungen der Vergangenheit. Rechtsstaat und Demokratie leiden unter dieser Art Revisionismus nicht prinzipiell, nur die allzu willkürlichen Berufungsversuche auf angebliches historisches Recht durch politische Interessenvertreter werden schwieriger. Geschichte ist komplex und vieldeutig. Den Rechtsstaat zu bewahren, weiter zu entwickeln und die Teilhabe von Menschen an politischen Entscheidungen zu sichern, ist eine stetige politische Aufgabe, deren Erfüllung nicht durch Berufung auf fragwürdige oder offensichtlich unzutreffende historische Geschichtsbilder sichergestellt werden kann. Demokratische, revolutionäre und rechtsstaatliche Traditionen haben sich in Deutschland nicht als Folge eines Weges nach Westen etabliert.

Das heutige Geschichtsbild der Bundesrepublik in Bezug auf die eigene und die westliche Geschichte hat innenpolitische wie außenpolitische Funktionen. Die Republik profitiert von den bestehenden ökonomischen und militärstrategischen Bedingungen, die sie nicht alleine geschaffen hat und deren Fortdauer sie nicht alleine sicherstellen kann. Bewußte politische, ideologische und wirtschaftliche Bindung an den Westen ist insofern sowohl unvermeidlich wie sinnvoll. Sie wird auch durch die politischen Umstände erzwungen, wie an den eingangs erwähnten Aufregungen um die neue japanische Schulbuchpolitik zu erkennen ist. Ähnliche Änderungen oder auch nur Äußerungen in dieser Hinsicht sind aus dem öffentlichen Berlin in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Da wir hier aber quasi unter uns sind, spricht auf der anderen Seite wenig dagegen, manchen historischen Mythen und dem gewollten Geschichtsbild der westlichen und östlichen Kriegsgegner hier und heute ein Stück gebührender Verachtung zukommen zu lassen.